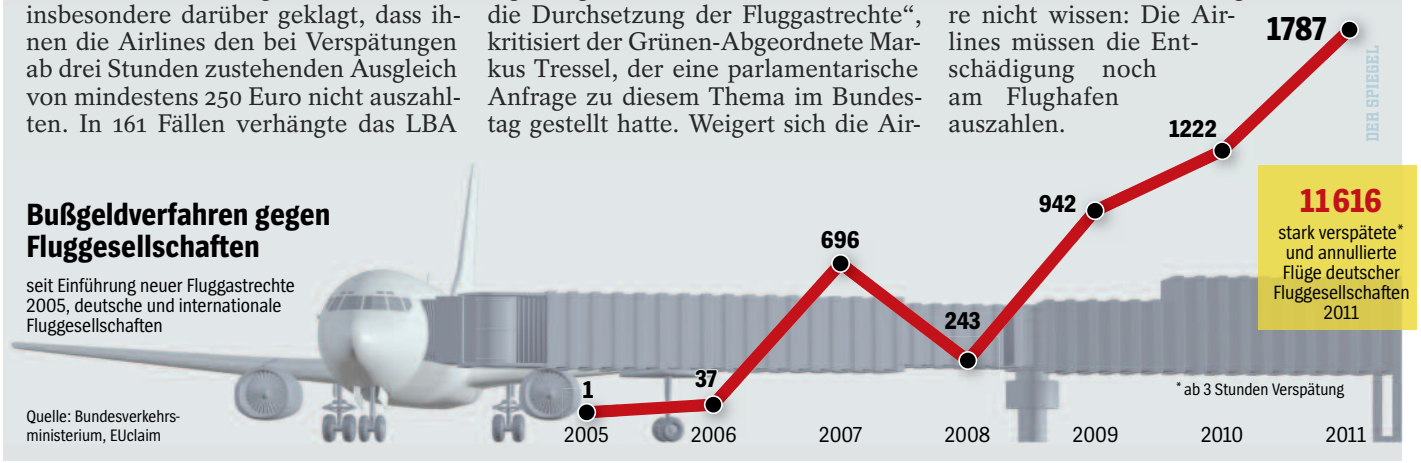
LUFTFAHRT

Entschädigung gleich ausbezahlen

Die Zahl der Bußgeldverfahren gegen Fluggesellschaften wegen verspäteter oder annullierter Flüge steigt sprunghaft an. Im vergangenen Jahr ermittelte das Luftfahrtbundesamt (LBA) bei 1787 Beschwerden von Passagieren. Sie hatten insbesondere darüber geklagt, dass ihnen die Airlines den bei Verspätungen ab drei Stunden zustehenden Ausgleich von mindestens 250 Euro nicht auszahlten. In 161 Fällen verhängte das LBA ein Bußgeld, das bis zu 25 000 Euro betrug. Insgesamt über 2,3 Millionen Euro mussten die Airlines seit Einführung neuer Fluggastrechte im Jahr 2005 zahlen. „Trotzdem kontrolliert die Bundesregierung immer noch nicht ausreichend die Durchsetzung der Fluggastrechte“, kritisiert der Grünen-Abgeordnete Markus Tressel, der eine parlamentarische Anfrage zu diesem Thema im Bundestag gestellt hatte. Weigert sich die Airline, kann der Passagier zwar beim LBA einen Verstoß anmelden, die Ausgleichszahlung muss er aber vor Gericht erstreiten. Neuerdings gibt es sogar eigene Service-Unternehmen wie EUclaim, die anbieten, die Ansprüche für die Passagiere einzufordern. „Die Regierung muss die Airlines endlich zwingen, eine Schlichtungsstelle zu akzeptieren“, sagt Tressel. Das Bundesverkehrsministerium bestätigte dem Parlamentarier indes, was viele Passagiere nicht wissen: Die Airlines müssen die Entschädigung noch am Flughafen auszahlen.



FINANZPOLITIK

Steuern runter, Schulden rauf?

Die steigende finanzielle Last der Bundesbürger hat die Debatte über die Steuerpolitik neu angefacht. Führende Unionspolitiker warnten SPD und Grüne davor, die von der Koalition geplanten Steuersenkungen zu verhindern. „Wenn die SPD die Entlastung der Bürger im Bundesrat blockiert, wird sie sich im Wahlkampf dafür verantworten müssen“, sagt CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. Ähnlich äußerte sich Unionsfraktionsvize Michael Meister (CDU): „Die Koalition hat ihre Hausaufgaben gemacht, jetzt sind andere gefordert, ihren Beitrag zur Entlastung der Arbeitnehmer zu leisten.“ Die schwarz-gelbe Koalition hatte Ende März ein Gesetz im Bundestag verabschiedet, mit dem die sogenannte kalte Progression abgemildert werden soll. Diese ist dafür verantwortlich, dass Arbeitnehmer von Lohnerhöhungen real vielfach nicht profitieren. SPD und Grüne wollen das Gesetz im Bundesrat ablehnen. „Wir bleiben bei unserem Nein, weil die Koalition die falschen Prioritäten setzt“, sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Nicolette Kressl. Schuldenabbau und Bildungsinvestitionen hätten Vorrang vor einer Entlastung der Bürger. „Solange der Bundeshaushalt ein riesiges Defizit aufweist, können wir uns Mindereinnahmen nicht leisten“, sagt auch Grünen-Finanzexperte Gerhard Schick. Zudem seien die schwarz-gelben Reformpläne „sozial ungerecht“.

LINKE

Die Wut wächst

Nach dem Rücktritt der Vorsitzenden Gesine Lötzsch wächst in der Linken die Wut über das Schweigen von Oskar Lafontaine. Der saarländische Fraktionschef will erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai erklären, ob er im Juni wieder für den Vorsitz der Linken kandidieren wird. Die Vize-Vorsitzende Katja Kipping kritisierte das in einer Telefonkonferenz der linken Landeschefs als falsche Strategie. Im Hinblick auf die Wahlkämpfe müsse zügig geklärt werden, mit wem die Partei in die Zukunft gehen wolle. Auch der Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Steffen Bockhahn, hält die Abhängigkeit von Lafontaines Entscheidung für fatal: „Eine Partei muss dafür sorgen, dass sie eigenständig agiert und nicht darauf wartet, was einer sagt.“ Bockhahn wendet sich gegen eine Rückkehr Lafontaines: „Wir brauchen keinen Erlöser.“ Die Linke solle „jetzt schon an übermorgen denken“ und sich „auf etwas jüngere Leute konzentrieren“. Matthias Höhn, Landeschef in Sachsen-Anhalt, fordert ein Ende des „Wettrennens um den spaßigsten Personalvorschlag“. Eine solide Vorbereitung des Bundesparteitags Anfang Juni in Göttingen sehe anders aus.

Lafontaine

BECKER&BREDEL